



## I. Das soziale Leben in der Stadt gestalten

Die zugewanderte Bevölkerung ist räumlich ungleich in Berlin verteilt. Die innere und äußere Stärke der Stadt wird wesentlich davon abhängen, wie weit es gelingt, Berlin als Einwanderungsstadt zu entwickeln.



### 1. Problembeschreibung

Seit der Wiedervereinigung der Stadt ziehen einkommensstärkere Familien aus innerstädtischen Bezirken in städtische Randbereiche und das brandenburgische Umland (vgl. Kap. „Berlin in der märkischen Landschaft“). Zusätzlich kommt es durch Binnenbewegungen zu einer stärkeren Segregation sozialer Bevölkerungsschichten und Altersgruppen. Durch diese Veränderungen entstehen überforderte Nachbarschaften, die gekennzeichnet sind durch Arbeitslosigkeit, Armut, Überalterung und Desintegration von Migranten. Nachbarschaftlich tragende durchmischte Strukturen lösen sich auf, Selbsthilfekräfte und Verantwortungsübernahme für das Gemeinwesen geraten ins Hintertreffen. Der Berliner Senat hat diese Probleme mit der Praxis der Nachbarschaftszentren und des Quartiersmanagements aufgegriffen. Durch das aktive Einbeziehen der Bürger bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes wurde ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl zum Kiez erreicht und das Engagement der Bewohner für ihr soziales Umfeld geweckt und gestärkt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung an der Stadtentwicklung

sind umfassende Informationen über Ziele und Möglichkeiten der aktiven Beteiligung und eine effizientere Nutzung vorhandener Infrastrukturen.

### 2. Leitbild

Berlin ist eine tolerante weltoffene, zukunftsfähige, funktional und sozial gemischte Stadt. Berlin wird geprägt durch die Weltoffenheit seiner Bürgerinnen und Bürger.



Alle Großstädte haben das Problem der sozialen Entmischung, das schafft problematische Stadtteile. Die künftige Entwicklung der Stadt wird auch davon abhängen, den Zusammenhalt der Menschen wieder herzustellen. Hierzu gehört auch die Wohnqualität in der Innenstadt weiter zu erhöhen, hier am Beispiel Berlin-Mitte.

Interkulturelle Kontakte schaffen ständig aufs Neue eine funktionale und soziale Vielfalt in der Stadt und halten die „Integrationsmaschine Berlin“ in Bewegung. Maßnahmen für Bildung, Kultur und Arbeit verbessern die Startchancen ihrer Bewohner. So können sich alle in ihrem Quartier wohlfühlen und wollen dort wohnen bleiben.

In allen Teilräumen der Stadt werden sozialstrukturell stabile Stadtteile und Quartiere (Kieze) erhalten oder wieder hergestellt. Ziel ist ein funktionierendes Gemeinwesen. Dabei wird auf die Chancengleichheit aller Bewohner in allen Teilen Berlins hingewirkt. Besonderheiten werden erhalten, so dass die unterschiedlichen Quartiere mit ihren Potenzialen als „unverwechselbare Adressen“ werben können.

Dieses Leitbild wird durch die politisch Verantwortlichen auf der Landes- und Bezirksebene getragen. Bei den freien Trägern, der Wirtschaft, externen Sachverständigen sowie der Wohnungswirtschaft wird Unterstützung eingefordert oder dafür geworben.

### 3. Teilbereiche

#### 3.1 Gleichwertige Lebensbedingungen/ Chancengleichheit

Berlin ist wie viele Großstädte durch eine soziale Segregation geprägt. Diese führt für die Bewohner der einzelnen Kieze zu Lebensbedingungen unterschiedlicher Qualität sowie ungleich verteilten Chancen.



#### Qualitätsziele

In allen Ortsteilen Berlins existieren zwar unterschiedliche, aber gleichwertige Lebens-, Wohn- und Umfeldverhältnisse. Alle Bürger haben unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit und unabhängig von einer Behinderung gleiche Chancen. (Konkretisierende Handlungsziele hierzu siehe auch in den Abschnitten Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Bildungsstandortes VI 3.3 und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Verteilung der Arbeit VI 3.4 sowie Neuer Stellenwert der Bildung VII 3.1.)

In den Nachbarschaften werden tragfähige gesellschaftliche Strukturen neu entwickelt bzw. erhalten. Akzeptanz und Toleranz unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Alter oder Geschlecht bestimmen das nachbarschaftliche Miteinander in den Ortsteilen. Es herrschen gleichwertige Bildungschancen unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft. Dies gilt für das ganze Stadtgebiet.

In den Kiezen gibt es Wohnungen unterschiedlicher Größe und Ausstattung. Dadurch leben Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Zugehörigkeit zusammen. Einkommensschwache, weniger mobile, nicht erwachsene Personen und Zugezogene werden in das soziale Leben im Quartier einbezogen und zur aktiven Gestaltung des Kiezlebens ermutigt.



#### Handlungsziele

- Senkung der Armutsquote in Berlin auf unter 10 %, in keiner statistischen Zelle des Sozialstrukturatlas liegt die Quote über 20 %.
- Frauen und Alleinerziehende sind nicht überdurchschnittlich von Armut betroffen.
- Reduzierung des Anteils der überschuldeten Haushalte auf 5 %.



## Maßnahmen

- Angebot qualitativ hochwertiger Wohnungen durch Sanierung und Modernisierung sowie Verbesserung des Wohnumfeldes als Anreiz für stabilisierend wirkende Familien, in belasteten Quartieren zu bleiben oder hinzuziehen.
- Die Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften werden angehalten, lokale Angebote für altengerechtes, generationsübergreifendes Wohnen und Jugendwohn- gemeinschaften zu schaffen. Einrichtungen für ältere Menschen sollen gesichert werden.
- Die bestehenden Beratungs- und Informationsmöglichkeiten für Interessenten am gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Wohnen werden verbessert.
- Die Mietermitwirkung bei den städtischen Wohnungsunternehmen wird ausgebaut.
- Die Gründung einer Stiftung für Nachbarschaftsentwicklung mit Sponsorenmitteln wird unterstützt. Eine Beteiligung der städtischen und privaten Wohnungsunternehmen wird dabei angestrebt.
- Bestehende Angebote an Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Beratungsmöglichkeiten werden gesichert und nach Möglichkeit ausgebaut; sie orientieren sich insbesondere an den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien und arbeiten generationsübergreifend.
- Die Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt werden konsequent umgesetzt.
- Die schulische Bildung wird weiter qualifiziert, die Einrichtung von Ganztagschulen insbesondere in benachteiligten Quartieren gefördert und die Schulsozialarbeit durch eine auskömmliche Finanzierung gesichert und ausgebaut.
- Es werden umfassende Angebote für Spracherwerb und -förderung, insbesondere für Jugendliche und Migranten erhalten bzw. geschaffen.
- Weitere Maßnahmen folgen im Zuge der Handlungsfelder II Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation sowie VII Bildung für die Zukunft - Bildung zukunftsorientiert gestalten.



Sportvereine fördern Gesundheit wie auch sozialen Zusammenhalt.

## 3.2 Gesundheit

Gesundheit ist ein Querschnittsthema, das mannigfache Verknüpfungen und eine hohe Vielschichtigkeit aufweist. Dementsprechend kann das Feld Gesundheit nur bedingt unabhängig betrachtet werden. Zu unterscheiden ist zudem zwischen objektiv belegbaren Krankheiten und dem subjektiven Gesundheitsgefühl.

Die gesundheitliche Beeinträchtigung von Stadtbewohnern ist durch die oftmals starke Schadstoffbelastung, insbesondere der Luft, sowie durch Lärm hoch. Dies gilt auch für

Berlin. Diese zu reduzieren ist u.a. Bestandteil des Handlungsfeldes Verkehr/Mobilität III.

Weiterhin werden Gesundheit und Lebens- erwartung durch Ernährung und Bewegung beeinflusst, auch die Art der Arbeit wirkt sich aus. Teile der Bevölkerung verfügen nicht über ausreichendes Wissen für eine gesunde Lebensführung. Nicht zuletzt leben nicht alle Menschen in einer hygienisch ausgewogenen Umgebung. Auch kommen weiter reichende soziale Faktoren zum Tragen: so ernähren sich oft gerade Menschen in schwierigen sozialen Lagen weniger gesund. Bevölkerungsschichten mit geringeren Einkommen leben vielfach in Gebieten mit wenig Grünflächen und Bewegungsmöglichkeiten. Aktive Mitglieder in Sportvereinen sind hingegen häufig gerade sozial besser gestellt.



Gesunde Lebensführung und Gesundheitsvorsorge sind ein wichtiger Aspekt der Steigerung der Lebensqualität. Hierzu gehören auch Vorsorgeuntersuchungen und Impfungen.



## Qualitätsziele

Gesundheitsvorsorge, -schutz und -erziehung werden als umfassende Aufgaben vieler gesellschaftlicher Bereiche und Politikfelder verstanden. Als zentrale Ansatzpunkte werden eine vorsorgende gesunde Lebensführung und der gezielte Einsatz der körperlichen Selbstheilungskräfte verstanden.

Gesundheit wird, soweit dies möglich ist, auf natürliche Art erhalten und wiederhergestellt, Krankheiten werden nicht durch einen übermäßigen Einsatz von Medikamenten verdeckt, sondern kuriert. Menschen aller Altersgruppen haben die Bedeutung einer gesunden Lebensführung erkannt: Sie ernähren sich gesund, bewegen sich ausreichend und schränken den Konsum von Genussmitteln auf ein gesundes Maß ein.

Die Arbeitsplätze und -zeiten sind so gestaltet, dass die Gefahren negativer Folgen für Gesundheit und Wohlbefinden weitestgehend reduziert sind. Die Aufenthalts- und Bewegungsräume sind für alle Altersgruppen unbelastet. Dem Kinderschutz wird besondere Beachtung geschenkt.



## Handlungsziele

- Die aufgrund gesetzlicher Regelungen angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Kinder (U1 bis U9) werden zu über 90 % angenommen.
- Reduktion der Todesfälle auf Grund von Herz-Kreislaufkrankungen um 30 %.
- Die Zahl der Arbeitsunfälle und berufsbedingten Krankheiten wird bis 2015 um 50 % und bis 2030 um 75 % vermindert (siehe auch Abschnitt Qualitatives Wachstum VI 3.1).



Die Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte wird in Berlin ständig durch Luftgüte Messstationen überwacht.



### Maßnahmen

- Im Sinne einer präventiven Gesundheitspolitik soll ein Landesgesundheitsprogramm entwickelt und umgesetzt werden, das die folgenden weiteren Ziele verfolgt:
  - Die Zahl der Infekte (Salmonellosen, Erkältungskrankheiten) sinkt um 30 %,
  - Der Anteil der Kinder, die bei der Schuluntersuchung behandlungsbedürftig sind, sinkt auf 10 %.
  - Der Anteil bei der Einschulung wegen Fehlernährung und Bewegungsmangels übergewichtiger Kinder halbiert sich bis 2015, ihr Anteil vermindert sich bis 2030 auf null.
  - Bei allen Untersuchungen wird besonderes Augenmerk auf Belange des Kinderschutzes gelegt; hierzu gehört auch die kindgerechte Untersuchung auf Schäden durch Umweltbeeinträchtigungen.
  - Messungen der Umweltqualität werden künftig auch mit Blick auf die besonderen Bedürfnisse von Kindern durchgeführt.
  - Steigerung des Anteils sportlich aktiver Bürger inner- und außerhalb von Sportvereinen bis 2015 um 20 %, bis 2030 um 50 %.
  - Reduktion des Anteils der Menschen, die sich krank fühlen, um 30 %.
- Bei der Weiterentwicklung dieser Ziele sind die Ergebnisse der Landesgesundheitskonferenz zu integrieren und ein Monitoring einzuführen.
- Die Information der Bevölkerung über gesunde Lebensführung, Vorsorgeuntersuchungen, Hygiene im Alltag usw. wird systematisch in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen ausgebaut (u. a. wird eine Senkung des Tabak-, Alkohol- und Fleischkonsums angestrebt).
- Sportvereine und -initiativen des Breitensports werden weiter insbesondere durch die unentgeltliche Nutzung der Sportanlagen unterstützt, insbesondere das Ehrenamt wird verstärkt gefördert; die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen, Kitas und Schulen wird weiter ausgebaut.
- Bei stadtplanerischen Aktivitäten wird der Bereitstellung von allen zugänglichen Spiel- und Bewegungsräumen für Kinder, Jugendliche und Familien besondere Bedeutung beigemessen.
- In den Kitas werden Spiel- und Bewegungsangebote verstärkt und es wird auf eine gesunde Ernährung geachtet. Die Gesundheitserziehung wird auf der Grundlage des Kita-Bildungsprogramms intensiviert. Dabei werden die Eltern einbezogen.
- Der Sportunterricht in den Schulen wird verstärkt an der Förderung der leistungsschwächeren Schüler orientiert. Die Themengebiete gesunde Lebensführung und Ernährung werden in die Rahmenpläne integriert.
- Berlin bemüht sich in Gesprächen auf der Bundesebene und mit den Krankenkassen um eine finanzielle Besserstellung präventiver Maßnahmen.
- Ausschreibungen öffentlicher Einrichtungen (inkl. Kitas, Schulen und Kantinen) für den Bezug von Nahrungsmitteln sollen die Kriterien „Bezug aus dem ökologischen Landbau“ und „Anbau in der Region“ berücksichtigen.
- Die Gesundheitsprävention für Arbeitnehmer und Ältere wird, auch in Anbetracht des demographischen Wandels, in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und Krankenkassen vertieft.
- Die Grenzwerte zur Messung der Umweltqualität werden unter Gesichtspunkten des Kinderschutzes überprüft.

### 3.3 Erfolgreiche Migration

Berlin ist eine interkulturelle Stadt mit vielfältigen, unterschiedlichen Lebensweisen und Chancen. Es sind erhebliche Unterschiede entsprechend der ethnischen und kulturellen Zugehörigkeit festzustellen. Dies gilt für die soziale Stellung in der Gesellschaft ebenso wie für die Bildungschancen. Eine erfolgreiche Integration setzt gleich-

berechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Interessenartikulation sowie den Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung voraus. Sprachkompetenz ist und bleibt ein Schlüsselfaktor für Bildung und Arbeit. Deshalb sind entsprechende Angebote zur kognitiven, sprachlichen, sozialen und (inter-) kulturellen Kompetenzentwicklung notwendig.



### Qualitätsziele

Die Migranten bilden einen selbstverständlichen Bestandteil der Berliner Bevölkerung mit gleichen Rechten und Pflichten. Sie haben die gleichen Lebens- und Bildungschancen wie alle Berliner. Die Migranten verfügen über Sprachkenntnisse, die ihnen dieselben Chancen zur Lebensgestaltung einräumen wie Muttersprachlern.



### Handlungsziele

- Alle Migrantenkinder sprechen bei ihrer Einschulung so gut Deutsch, dass sie die Eingangstests bestehen und damit dem Unterricht gut folgen können (siehe auch Handlungsfeld Bildung für die Zukunft VII).
- Die Quote der Migrantenkinder mit abgeschlossener Berufsausbildung entspricht ebenso dem Berliner Durchschnitt wie die Quote der Migrantenkinder mit Hochschulzugangsberechtigung.



### Maßnahmen

- Sprachförderung für alle Altersgruppen und niederschwellige Angebote, bei denen Migranten und Nichtmigranten zusammentreffen und sich miteinander im Alltag austauschen.
- Insbesondere in Familien mit Migrationshintergrund wird für den frühzeitigen Kitabesuch geworben; für die zusätzliche Sprachförderung erhalten die Kitas zusätzliche auf das Kind bezogene Personalmittel.
- Schulen mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern erhalten eine besondere, auf ihre speziellen Bedürfnisse ausgerichtete Förderung, insbesondere frei einsetzbare Personalmittel.
- Migranten werden gezielt als Lehrer eingesetzt. Um dies zu ermöglichen, wird ein Curriculum entwickelt, das Migranten mit in Deutschland nicht anerkannter schulpädagogischer Ausbildung oder Berufserfahrung die Weiterqualifikation für das deutsche Schulsystem im Rahmen eines Aufbaustudiums ermöglicht.
- In interkulturellen Gärten erhalten Einwanderer und Spätaussiedler gemeinsam mit Einheimischen die Gelegenheit, ihre Traditionen und Besonderheiten der Gartengestaltung zu entfalten und sich kulturell näher zu kommen (siehe auch Abschnitt Grünflächen, Kleingärten und naturnahe Flächen IV 3.5).



In Berlin leben insgesamt ca. 600.000 Migranten, darunter 450.900 Ausländer ohne deutschen Pass. Die sich daraus ergebenden Chancen für Berlin sollen genutzt werden, ohne die Konflikte zu verharmlosen.



### 3.4 Sicherheit

Das subjektive Sicherheitsgefühl der Berlinerinnen und Berliner ist nicht homogen. Während es in vielen Bereichen der Stadt mit gut bewertet wird, ist es in einigen Orts- und Straßenteilen unakzeptabel schlecht. Bürger fühlen sich bedroht oder werden tatsächlich angegriffen, beispielsweise durch „Jacken-abziehen“, Erpressungen unter Kindern und Jugendlichen und Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln. Ein weiteres Problem stellen Einbrüche und insbesondere die Gewalt innerhalb der Familie dar.



Die Kriminalität in Berlin sinkt: Vorsorge und Aufmerksamkeit von Bürgern und Polizei tragen dazu bei, dass diese gute Entwicklung sich fortsetzt.



#### Qualitätsziele

Die Berliner fühlen sich im öffentlichen und privaten Raum jederzeit sicher. Gewalttätiges Handeln wird weder in der Öffentlichkeit noch in der Privatsphäre akzeptiert. Die alltäglichen Umgangsformen sind von Toleranz, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Verantwortung geprägt. Die individuelle Verantwortung für das Gemeinwesen und die Nachbarschaft ist hoch. Die öffentlichen Präventions- und Hilfsangebote sind bekannt und werden durch nachbarschaftliche Aufmerksamkeit ergänzt.



#### Handlungsziele

- Reduzierung der bekannt gewordenen Straftaten um 30 %.
- Halbierung der bekannt gewordenen Gewaltdelikte.
- Reduzierung des Anteils der Menschen, die sich unsicher fühlen, um 30 %.
- 90 % aller bekannt gewordenen Fälle häuslicher Gewalt werden 2015 angezeigt.



#### Maßnahmen

- Die Präventionsarbeit gegen Gewalt wird fortgesetzt. Hierzu gehört eine verbesserte Information über das bestehende Angebot.
- Die Antigewaltprogramme in den Schulen werden fortgesetzt, das Mediatorentraining für Schüler wird ausgebaut.
- Antigewalt- und Sicherheitsprogramme für ältere Menschen und Frauen werden erweitert.
- Frauenhäuser und andere Zufluchtsorte für Frauen, Kinder und Jugendliche werden erhalten.
- Bestehende Maßnahmen zur Steigerung des Selbstwertgefühls der Betroffenen sowie zur Förderung eines selbstbestimmten Lebens werden beibehalten und ausgebaut.
- Die Präventionsmaßnahmen sowie die Zusammenarbeit der Stadt mit den Verkehrsbetrieben zur Sicherheit in Bahnhöfen werden fortgeführt und intensiviert. Gleiches gilt für die Beratung zur Verhinderung von Einbrüchen sowie die Zusammenarbeit der Verwaltung mit der Polizei.



## II. Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation Potenziale der Bürgerinnen und Bürger nutzen und fördern